



## Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Für Investitionen in die Schiene - gegen Gigalinerversuche in Schleswig-Holstein und bundesweit

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag fordert die Landesregierung auf sich dafür einzusetzen, dass die von der Bundesregierung für 2011 geplanten Gigalinerversuche nicht ohne Beteiligung des Bundesrates und des Bundestages durchgeführt werden.
2. Der Landtag fordert die Landesregierung auf sich ebenso wie bisher acht andere Bundesländer nicht am bundesweiten Feldversuch zu beteiligen.
3. Der Landtag spricht sich im Sinne des 2007 einstimmig von der Verkehrsministerkonferenz der Länder ergangenen Beschlusses gegen den Einsatz von Mega-LKW in Schleswig-Holstein und Deutschland aus.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf die in Schleswig-Holstein existierenden Ausnahmegenehmigungen für Gigaliner sofort zurückzunehmen und keine neuen Ausnahmegenehmigungen auszusprechen.

Begründung:

Die Bundesregierung hat angekündigt im Jahr 2011 bundesweit Versuche mit Mega-LKW zuzulassen. Bisher steht die Bundesregierung auf dem Standpunkt, dass für die Genehmigung ein Erlass des Verkehrsministeriums ausreichen würde. Laut einem vom deutschen Städtetag, der Allianz pro Schiene und dem Verband Deutscher Verkehrsunternehmen beim Deutschen Institut für Urbanistik in Auftrag gegebenen Gutachtens wäre diese Praxis rechtswidrig. Laut dem Gutachten bedarf es einer Beteiligung des Bundesrates und des Bundestages.

Ebenfalls wird in dem Gutachten noch einmal bestätigt, dass die Ausnahmegenehmigungen für Gigalinerfahrten in Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern rechtswidrig sind. Die Einzel-Ausnahmegenehmigungen verstoßen gegen § 70 Abs. 1 Nr.3 StVZO i.V.m.§ 32 Abs.4 StVZO, da die engen Voraussetzungen des § 70 StVZO (unteilbare Ladung) für die Gewährung einer Ausnahme nur in ganz besonderen Härtefällen erweitert werden können, die bei Gigalinern nicht vorliegen.

Björn Thoroé  
und Fraktion